

Roswita Ludwig  
Nagelstraße 26  
16225 Eberswalde

26.03.2015

Stadtverordnetensitzung am 26.03.2015  
Einwohnerfragestunde

Sehr geehrte Damen und Herren StVV,  
Ihre Beschlüsse sind in erster Linie im Interesse der Bürger dieser Stadt, die sie gewählt haben zu fassen. Das heißt, es haben weder die Interessen einer Verwaltung noch einzelner Investoren vordergründig im Fokus Ihrer Entscheidungen zu stehen, sondern die Interessen der Allgemeinheit.

Deshalb bitte ich Sie, im Sinne der Mehrheit der Eberswalder und der Besucher dieser Stadt dem Antrag von den Fraktionen der SPD, Bürgerfraktion und FDP die Stellplatzsatzung abzuschaffen, nicht zuzustimmen.

Als Bürger frage ich mich sowieso, wie kam dieser Antrag von Bürgerfraktion und SPD zustande? Warum sollte der Stadt ein entscheidendes Steuerungsmittel zur Schaffung von Stellplätzen bei der Schaffung von neuen Wohn- und Gewerberäumen entzogen werden?

Neuer Wohn- und Gewerberaum zieht auch mehr Bedarf an öffentlichen Stellplätzen nach sich und Sie glauben doch nicht wirklich, dass irgendein Investor freiwillig Stellplätze schafft.

Der ist nur an dem minimalsten finanziellen Einsatz, an die möglichen Steuerabschreibungen und dem maximalen Abgriff möglicher Fördermittel bei seinem Bau interessiert.

Das Thema ist besonders aktuell, da verstärkt von der Stadt Wohnbauflächen z.B. östlich des Sanierungsgebietes aktiviert werden und dadurch der Parkdruck im Zentrum noch erhöht wird. Durch ein Parkleitsystem sind keine neuen Parkplätze geschaffen worden. Nach wie vor kurven die Parkplatzsuchenden im Stadtzentrum umher, da die Parkplätze über und über belegt sind. Und da wollen einige behaupten wir haben ausreichend Parkplätze? Der große öffentliche PP in der Marienstr. wird tagsüber von Dauerparkern blockiert und steht somit Kurzzeitparkern nicht zur Verfügung.

Wenn die Verwaltung meint, dass der Prüfaufwand sehr hoch ist, kann ich dem nicht ganz folgen, da dies Bestandteil der Baugenehmigung ist und nicht gesondert bearbeitet wird. Der Arbeitsaufwand wird dementsprechend dem Antragsteller durch Verwaltungsgebühr in Rechnung gestellt. Desweiteren ist festzustellen, dass ja nur 2 Anträge zur Stellplatzablöse in den letzten beiden Jahren keinen so großen Arbeitsaufwand nach sich ziehen konnten.

In der Aussage der Stadt sehe ich einen Widerspruch in sich selbst, denn wenn keine Anträge eingehen kann dafür ja auch kein Arbeitsaufwand entstehen.

Im Gegenteil es ist Ausdruck dessen, dass die Stellplatzsatzung Wirkung zeigt und die Investoren lieber die notwendigen Stellplätze schaffen, als Ablöse zu zahlen.

Warum sollte eine so wirkungsvolle Satzung abgeschafft werden? Sie frißt doch kein Brot könnte man argumentieren.

Zum attraktiven Stadtumbau gehören auch attraktive Stellplätze im Stadtzentrum und Wohnnähe. Gegen eine entsprechende Aktualisierung und Anpassung der bestehenden Stellplatzsatzung wäre da sicher nichts einzuwenden. Aber Abschaffung, nein!

Mir persönlich ist nicht bekannt, dass sich ein williger Investor vordergründig wegen der bestehenden Stellplatzsatzung zurückgezogen hat. Auch nicht beim gescheiterten Bauprojekt Friedrich-Ebert- Str. Süd.

Bedenken Sie werte Stadtverordnete bei der Beschlussfassung: Wem sind Sie mehr verpflichtet dem Bürger und einer intakten Infrastruktur dieser Stadt oder der Verwaltung und dem Geldbeutel der Investoren / Bauherren? Danke!

